

Empfehlungen des Ökosozialen Forums für das Krisenfolgen-Management und zur Resilienz-Förderung für die Bereiche Klima- und Umweltschutz

23. Mai 2022

Die Covid-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben soziale Ungleichheiten verstärkt und ökonomische Abhängigkeiten offengelegt. Der wissenschaftliche Beirat des Ökosozialen Forums fordert von der Bundesregierung, Klima- und Umweltschutz als Leitlinie der Krisenbekämpfung anzuerkennen.

Ausgangslage

Politische Maßnahmen, die zur Abfederung der Krisenfolgen gesetzt werden, dürfen die mittel- und langfristige Zielsetzungen nicht aus den Augen verlieren. Insbesondere dürfen soziale und ökologische Ziele nicht durch kurzfristige ökonomische Maßnahmen konterkariert werden.

Die (bereits vor dem Ukrainekrieg einsetzende) Verteuerung für Energie, aber auch für Nahrungsmittel verursachen Probleme für besonders einkommensschwache Haushalte und für Unternehmen, die eine hohe Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aufweisen. Maßnahmen sollten daher in erster Linie negative Auswirkungen für besonders betroffene Personen und Branchen abfedern. Vor allem Haushalte mit geringem Einkommen benötigen finanzielle Unterstützung. Auch sind Unterstützungen für energieintensive Betriebe erforderlich, die keine Möglichkeit haben, ihre Kostensteigerungen auf die Nachfrageseite zu überwälzen.

Es besteht eine systemische Verletzlichkeit der österreichischen Energie-, Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung, nicht zuletzt aufgrund der Abhängigkeit von z. T. geopolitisch instabilen Regionen oder autokratischen Staaten. Dies ist ein weiterer Grund, eine Transformation dieser Bereiche soweit und so schnell wie möglich zu unterstützen, um den Rohstoffverbrauch zu reduzieren – durch die Steigerung der Effizienz, der Implementierung der Kreislaufwirtschaft und durch eine Veränderung im Konsumverhalten. So können gleichzeitig Klima- und Umweltschutz vorangetrieben und eine strategische Autonomie in der Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern erreicht werden. Eine Verknappung von Waren macht diese teurer. Gerade im globalen Kontext kann dies für arme Bevölkerungsgruppen und Staaten existenzbedrohend werden, was letztlich auch ein Sicherheitsrisiko für Europa ist.

In der politischen Reaktion auf diese Herausforderungen besteht die Gefahr, kurzfristige Symptombekämpfung zu betreiben, die auf lange Sicht weitere Probleme schafft bzw. dringend anzugehende Probleme wie die Klimakrise außer Acht lässt und die Kosten für die Krisenbewältigung auf künftige Generationen abwälzt. Es ist daher ein Maßnahmenbündel zu gestalten, das die schlimmsten Auswirkungen der Krise abfedert UND gleichzeitig die Transformation zu einem klima- und umweltgerechten, sozial fairen und ökonomisch tragfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem unterstützt. Generell ist darauf zu achten, dass durch die Unterstützungsmaßnahmen keine zusätzliche Nachfrage nach klima- und umweltschädlichen Produkten wie fossile Treibstoffe oder Erdgas gefördert wird.

Empfehlungen

1. Abhängigkeiten reduzieren & Resilienz steigern

Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die einen raschen Ausstieg aus fossilen Wärme- und Antriebssystemen vorantreiben sowie Anreize für eine substantielle Steigerung der Effizienz Fund eine Verringerung der Ressourcenintensität der vorherrschenden Produktions- und Konsumstrukturen setzen (Reduktion des Energiebedarfs von Gebäuden durch Sanierung und alternative Energiesysteme, Bekämpfung von Lebensmittelvergeudung, Förderung der Kreislaufwirtschaft ...). Diese sind rasch umzusetzen, um die Energieintensität der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft und die Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten reduzieren zu können.

Zu den notwendigen Rahmenbedingungen zählt die konsequente Verfolgung einer Strategie, die langfristig auf Folgendes abzielt: Umbau der Energieinfrastruktur, die eine dezentralere Energieversorgung ermöglicht, eine Effizienzsteigerung und Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Energie und Lebensmitteln, das Anlegen von Vorräten, eine ressourcenschonendere Raumordnung, eine Stärkung der Resilienz landwirtschaftlicher Produktion in ganz Europa sowie die Implementierung der Kreislaufwirtschaft.

2. Krisenbewältigungs-Maßnahmen müssen soziale, ökonomische und ökologische Zielvorgaben gleichzeitig erfüllen und die Versorgungssicherheit gewährleisten

Eine generelle Verbilligung von Erdöl, Erdgas und anderen fossil basierten Produkten ist nicht zielführend. Es sollten vielmehr zielgenau solche Gruppen und Betriebe unterstützt werden, die durch die Teuerungen besonders betroffen sind, weil sie (kurzfristig) keine Ausweichmöglichkeiten haben. Regulatorisch vorgegebene Preisobergrenzen, wie der Benzinpreisdeckel in Ungarn, setzen keine Motivation zu sparsamem Verhalten und könnten sogar zu einer Verknappung beitragen. Auch eine generelle Senkung der Mehrwertsteuer oder Abgaben auf fossile Energieprodukte ist nicht zu empfehlen. Die durch Preiserhöhungen steigenden Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer sollen gezielt genutzt werden, sozial benachteiligte, besonders betroffene Gruppen und energieintensive Branchen zu unterstützen sowie Alternativen zu vorherrschenden Strukturen (Förderung alternativer Heiz- und Mobilitätssysteme) zu schaffen. Der wissenschaftliche Beirat des Ökosozialen Forums schlägt in einem weiteren Papier konkrete Maßnahmen vor, die geeignet sind, diese Ziele zu unterstützen.

3. Transparenz entscheidungsleitender Szenarien sowie von Kosten und Folgen

Die Bundesregierung ist aufgerufen, Szenarien zu erarbeiten und zu kommunizieren, um Unternehmen, Haushalten und Individuen innerhalb dieser Szenarien eine längere Planbarkeit zu ermöglichen. Angesichts der aktuellen Engpässe bei Dienstleistungen und Vorprodukten für Klimaschutz-Maßnahmen braucht es ein politisches Bekenntnis für längere Planbarkeit. Parallel zu kurzfristigen Maßnahmen sind dabei auch die langfristigen Transformations-Ziele darzustellen.

4. Begleitende Kampagne für klimafreundliches Verhalten

Um ordnungspolitische Maßnahmen zu erklären und zu ergänzen, soll die Bundesregierung durch geeignete Kommunikationsmaßnahmen in den Bereichen Energieverbrauch, Mobilität, Ernährung und Konsum die Notwendigkeiten und Möglichkeiten aufzeigen, dass und wie jeder/jede Einzelne – Individuen, Haushalte, Unternehmen – zu einer Senkung von Energie- und Ressourcenverbrauch und insbesondere zu einer Verringerung der Nahrungsmittel- und Ressourcenverschwendung beitragen kann. Dabei ist auf ein breites Spektrum an Maßnahmen,

Ansätzen und Kommunikationsmitteln zu setzen, um langfristig den Attitude-Behaviour-Gap zu verringern sowie Effizienz und Suffizienz zu verhaltenssteuernden Werten zu machen. Positive Beispiele und „BotschafterInnen“ können zeigen, dass umwelt- und klimafreundliches Verhalten praktikabel ist und auch positiv zur Lebensqualität beitragen kann. Challenges und Gruppenaktivitäten können als motivierendes Element wirken. Gut funktionierende Beispiele könnten in der Folge mit Preisen öffentlichkeitswirksam vorgestellt werden und damit weitere Zielgruppen ansprechen. Gerade die Einbindung jüngerer Zielgruppen in die Entscheidungsfindung scheint hier besonders wichtig, da diese Generation vom Nicht-Handeln heute in Zukunft besonders negativ betroffen sein wird.